



Dr. Rüdiger Schott
Vorsitzender des Vorstands der KZVB

Menschlich bleiben

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„ja, ist denn schon wieder Weihnachten?“ Diese Frage stellt sich vermutlich jeder, wenn landauf landab die Christkindlmärkte eröffnen und die Lichterketten blinken. Viel zu schnell neigt sich das Jahr seinem Ende entgegen.

Für uns Zahnärzte ist das vierte Quartal vor allem mit viel Arbeit verbunden. Gefühlt braucht jeder zweite Patient noch seinen Stempel im Bonusheft, und der Zahnersatz soll bitte auch noch vor den Feiertagen fertig werden. Noch können wir das stemmen. Aber immer mehr Praxen sind gerade im ländlichen Raum am Limit. Annahmestopp – das ist in der Zahnmedizin ein neues Phänomen. Monate-lange Wartezeiten kannten die Patienten bislang nur bei einigen Fachärzten. Aber der demografische Wandel und eine verfehlte Gesundheitspolitik machen sich nun auch bei uns bemerkbar. Die Bürokratiebelastung der Praxen hat ein Maß erreicht, das immer mehr junge Kolleginnen und Kollegen in die Anstellung treibt. Die Politik hat es versäumt, den Vormarsch internationaler Investoren in der zahnmedizinischen Versorgung rechtzeitig zu stoppen. Die in iMVZ tätigen Zahnärzte bräuchten wir dringend als Praxisgründer oder -übernehmer. Ich fürchte jedoch, dass es zu spät ist für ein MVZ-Regulierungsgesetz, das uns der damalige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) bereits vor drei Jahren versprochen hat. Auch seine Nachfolgerin Nina Warken (CDU) scheint das Problem aussitzen zu wollen.

Wir brauchen also andere Lösungen, um eine Unterversorgung im ländlichen Raum zu verhindern. Im hausärztlichen Bereich hat man mit einer Landarztquote gute Erfahrungen gemacht. Studenten, die sich verpflichten, nach dem Examen in unversorgten Regionen zu praktizieren, können damit den Numerus clausus umgehen. Wir sind derzeit in Gesprächen mit dem bayerischen Gesundheitsministerium, ob man dieses Modell auf die Zahnmedizin übertragen kann.

Generell glaube ich, dass die Herausforderungen, vor denen unser Gesundheitssystem steht, am besten von der Selbstverwaltung bewältigt werden können. Doch dafür brauchen wir mehr Handlungsspielraum und weniger Berliner Planwirtschaft.

Der aktuelle Vorstand der KZVB hat die erste Hälfte seiner Amtszeit hinter sich. Ich ziehe eine positive Bilanz. Es ist uns gelungen, bei allen großen Krankenkas-sen (AOK Bayern, vdek und BKK-Landes-verband) Budgetüberschreitungen zu ver-hindern. Die Punkt-werte sind in diesen drei Jahren um über zehn Prozent gestie-gen, obwohl uns Lauterbach 2,25 Prozent „gestohlen“ hat.

Auf Bundesebene brauen sich aber dunkle Wolken zusammen. Die fachfremde Bun-desgesundheitsministerin hat eine Kom-mission eingesetzt, die Vorschläge für die Sanierung der GKV-Finanzen erarbeiten soll. „Denkverbote“ soll es keine geben. Allen Überlegungen, die Zahnmedizin ganz oder teilweise aus dem GKV-Leis-tungskatalog zu streichen, müssen wir entschieden entgegentreten. Das wäre das Ende des Sozialstaates, wie wir ihn kennen. Rechte und linke Extremisten wären die politischen Profiteure. Und vor allem: Es wäre zutiefst unmenschlich, wenn der Zugang zur zahnmedizinischen Grundversorgung vom Geldbeutel ab-hängt. Gerade vor Weihnachten sollte die Politik darüber nachdenken, ob sie engl-ische oder amerikanische Verhältnisse in Deutschland will.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein fro-hes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins Jahr 2026

Ihr